

ANTRAG

beschlossen auf der Konferenz der Sektion 8 am 16.12.2023

10 Forderungen für eine sozialdemokratische Klimapolitik

Die Klimakrise erfordert unmittelbares Handeln. Sie bedroht die Menschheit und die Vielfalt des Lebens auf unserem Planeten. Ihr muss eine entsprechend hohe Priorität im politischen Handeln eingeräumt werden. Die Sozialdemokratie muss sich deswegen für eine rasche Dekarbonisierung der Wirtschaft unter Zuhilfenahme existierender Technologien einsetzen. Diese muss zusätzlich von Maßnahmen zur Förderung umweltrelevanter technologischer Innovation begleitet werden. Grundlage einer sozialdemokratischen Vision von Umweltpolitik als gesamtgesellschaftlicher Herausforderung muss eine entsprechende Würdigung der sozialen Dimension der Klimakrise und anderer ökologischer Krisen sein.

Durch die Diskrepanz zwischen Verursachern von Klimaschäden und Betroffenen schafft die Klimakrise neue soziale Ungleichheiten, welche von der Sozialdemokratie in ihrem politischen Handeln berücksichtigt werden müssen. Mehr denn je sind die Kompetenzen des Staates in der Planung von längerfristigen Transformationsprozessen und im Interessensausgleich gefragt. Sozialdemokratische Politik soll in ihrem politischen Handeln und Wirken die konsequente Verfolgung internationaler und nationaler Klima- und anderer Umweltziele auf Grundlage der wissenschaftlichen Evidenz und den Einsatz für eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik auf kommunaler, subnationaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene beinhalten. Dabei stehen nicht nur die Herausforderungen, sondern vor allem auch die Chancen im Mittelpunkt, die diese Wende bringen kann. Sozialdemokratische Umweltpolitik sieht den Staat als einen Schlüsselakteur für das Gelingen einer klimasozialen Transformation. Der ökologische Umbau unserer Gesellschaft sollte nicht zuvorderst dem Markt und damit profitorientierten Unternehmen anvertraut werden.

Hieraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit für 10 Forderungen, die im Rahmen der sozialdemokratischen Umweltpolitik umgesetzt werden sollen.

Die Konferenz der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund möge beschließen:

1. Bekenntnis zu Pariser- und EU-Klimazielen, und zum gewaltfreien Einsatz für diese Ziele

Die 2015 in Paris völkerrechtlich beschlossenen Klimaziele spiegeln sozialdemokratische Prinzipien wie Gleichheit und Solidarität wider, da sie global gemeinschaftliche Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise und eine gerechte Verteilung von Lasten und Chancen anstreben. Um den vereinbarten Zielen gerecht zu werden, muss ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Sektorzielen, Frühwarnsystem sowie Konsequenzen und Nachschärfungen bei drohenden Überschreitungen, auch um Strafzahlungen zu vermeiden, erlassen werden.

2. Grüne Industriepolitik und Transformation der Arbeitswelt („Green New Deal“)

Die Dekarbonisierung und der Umbau zu grünen Industriezweigen muss massiv gefördert werden. Arbeiter:innen brauchen soziale Absicherung und Umschulungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Fähigkeiten und Identitäten (z.B. AMS-Umweltstiftung - “just transition”). So kann auch dem Fachkräftemangel in Berufen, die zentral für die Transformation sind, entgegengewirkt werden. Langfristige Entwicklungskonzepte und Förderungen für besonders betroffene Industrieregionen.^f

3. Für eine sozialdemokratische, klimagerechte CO2-Bepreisung

Reichere Menschen emittieren überproportional viele Treibhausgase. Der derzeit zu niedrige CO2-Preis sollte daher weit höher angesetzt werden, so dass klimaschädliches Verhalten stärker belastet wird und auch tatsächlich eine Lenkungswirkung und Emissionsreduktion eintreten. Die Rückerstattung der Kosten muss gerecht sozial gestaffelt erfolgen. Ärmere Menschen, die Heiz- und Mobilitätsoptionen weniger leicht anpassen können, dürfen nicht benachteiligt werden.

4. Klimafreundliche statt klimaschädlicher Subventionen

Die Vielzahl an klimaschädlichen Subventionen (z.B. Pendlerpauschale für Privatautos, Dieselparadox) muss durch klimafreundliche Förderungen (z.B. für Öffi-Tickets) ersetzt werden. Vollständige Transparenz von Förderungen erlaubt in der Industrie den Umstieg auf Erneuerbare stärker zu fördern, anstatt fossile Energie zu subventionieren (63% der Subventionen entfallen auf den Unternehmensbereich), und klimaschädliche Subventionen in der Landwirtschaft zu reformieren. Die Steuerbefreiungen von Flügen sollten reformiert (nationale Ebene) bzw. abgeschafft (EU-Ebene) werden.

5. Werbeverbot für klimaschädliche Güter und deren Diensteanbieter

Bundesweites Verbot von Werbung im öffentlichen Raum für alle Unternehmen, die fossile Rohstoffe abbauen, einschließlich deren Lobbygruppen, sowie für Hersteller von Autos mit Verbrennungsmotoren, und der privaten Flug- und Kreuzfahrtindustrie, wie es z.B. in Amsterdam umgesetzt wird.

6. Ausbau erneuerbarer Energien erleichtern

Die Energiewende muss durch Entbürokratisierung und umfassende Förderungen erheblich beschleunigt werden. Nutzung öffentlicher Flächen für erneuerbare Energien, Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Bundesländer, Ausbau der Stromnetze auf allen Spannungsebenen sowie der Speicherkapazitäten zum Transport und Zwischenspeicherung des erneuerbaren Stroms.

7. Infrastruktur für klimafreundliche Mobilität ausbauen (insbesondere am Land)

Der öffentliche Verkehr muss stark ausgebaut werden, damit auch in ländlichen Regionen klimafreundliche Mobilität möglich ist. Reaktivierung stillgelegter regionaler Schienennetze, Aufbau eines dekarbonisierten Busnetzes, Förderung von

Car-Sharing-Systemen, Sammeltaxis, E-Bikes und Verleihsystemen, zur klimafreundlichen Zurücklegung der "Last Mile". Umfassender Ausbau von Radwegen, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Innenstädten, Rückbau von fossiler Verkehrsinfrastruktur.

8. Mutige Regulierung im Verkehrsbereich

Eine Geschwindigkeitsreduktion auf Tempo 100/80/30 ist eine der effizientesten Maßnahmen zur Emissionsreduktion im Verkehr. Ein Aus für Verbrenner soll bis 2030 angestrebt werden. Bau neuer Straßen nur, wenn umweltfreundlichere Alternativen nicht möglich sind. Regulatorische Beschränkung der Anzahl von Privatflügen (auf EU-Ebene) und Inklusion in den Emissionshandel. Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene durch Regulierung, Infrastrukturausbau und Förderungen, sowie eine höhere, flächendeckende LKW-Maut zur Internalisierung externer Kosten wie klima- und gesundheitsschädlicher Wirkungen.

9. Für eine ökologische Wärmewende

Alle Gebäude müssen klimafit gestaltet sein - sowohl im Neubau als auch im Altbestand. Sozial gestaffelte Förderung von thermischen Sanierungen, Neubau zu Niedrigstenergiestandards und dem Umstieg auf klimaverträgliche Heizsysteme, Reduktion von Neubauten durch sozial gerechte Anreize für die Revitalisierung von Altbestand. Sozial verträgliche Verteilung der Kosten für die Umstellungen insbesondere bei Mietwohnungen, und Aufteilung der Kosten der CO₂-Bepreisung zwischen Vermieter:innen und Mieter:innen nach Energieeffizienz der Wohnung (je ineffizienter, desto höherer Vermieter:innen-Anteil).

10. Boden entsiegeln und Zersiedelung einbremsen

Raumordnung und Flächenwidmung sollen überregional entschieden und auf Länderebene kontrolliert werden. Verbot des Baus von Einkaufszentren außerhalb der Orte und Bekämpfung der Zersiedelung durch Förderungen beim Kauf leerstehender Häuser im Ortsgebiet (Projekt „Jung kauft alt“ in Deutschland) und eine österreichweit einheitliche Leerstandsabgabe. Förderung von Entsiegelung und Begrünung, z.B. von bestehenden Parkplätzen, für ein lebenswertes und klimafreundliches Umfeld im urbanen Raum.